

Brüssel, den 1.12.2023
C(2023) 8117 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.12.2023

über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2023 für Grönland

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 1.12.2023

über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2023 für Grönland

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere Artikel 82,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung der Maßnahme „Grünes Wachstum“ gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Arbeitsprogramm für das Jahr 2023 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV³ erlassenen restriktiven Maßnahmen festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme sollte im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel⁵, zur durchgängigen Berücksichtigung des Klimaschutzes und der biologischen Vielfalt beitragen.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ COM(2019) 640 final vom 11. Dezember 2019.

⁵ ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28.

- (4) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für Grönland für den Zeitraum 2021–2027⁶ angenommen, in dem die folgende Priorität genannt wird: Grünes Wachstum.
- (5) Mit dem Jahresaktionsplan, der gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzieren ist, soll – wie auch im Mehrjahresrichtprogramm (MRP) dargelegt – ein Beitrag zur wirtschaftlichen Diversifizierung und nachhaltigen Entwicklung Grönlands geleistet werden.
- (6) Die Maßnahme „Grünes Wachstum“ zielt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung und die wirtschaftliche Diversifizierung Grönlands durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien für die Erzeugung sauberer Brennstoffe, die Entwicklung kreislaforientierter und nachhaltiger Wertschöpfungsketten für kritische Rohstoffe sowie den erweiterten Schutz der biologischen Vielfalt und der Umwelt zu unterstützen.
- (7) Nach Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947, der gemäß Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 Anwendung findet, wird die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (8) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden. Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁷ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der genannten Verordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.
- (9) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (10) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollte festgelegt werden, welche Änderungen für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (11) Der im vorliegenden Beschluss vorgesehene Aktionsplan steht im Einklang mit der Stellungnahme des Ausschusses nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Der Aktionsplan*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der den Jahresaktionsplan für Grönland für das Jahr 2023, wie im Anhang dargelegt, darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst folgende Maßnahme: Grünes Wachstum.

⁶ Durchführungsbefehl der Kommission über das Mehrjahresrichtprogramm für Grönland für den Zeitraum 2021–2027, C(2021) 9159 final vom 15.12.2021.

⁷ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Haushaltsordnung, in denen die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

Artikel 2
Unionsbeitrag

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Aktionsplans für das Jahr 2023 beläuft sich auf 22 500 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter der Haushaltslinie 14 05 03 00 des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die im Anhang unter 4.4.1 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Höchstbeitrags der Union nicht übersteigen, oder Änderungen⁸ der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 1.12.2023

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission

⁸ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.